



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

25. April 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser ersten Sitzungswoche nach der Osterpause habe ich viel Besuch aus dem Wahlkreis: Die erste BPA-Fahrt hat sich auf den Weg gemacht und erkundet vier Tage lang das politische und kulturelle Berlin. Auf dem Plan stehen eine Führung im Reichstagsgebäude mit Besichtigung des Plenarsaals und der Glaskuppel, Besuche in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Stasi), im Jüdischen Museum, im Bundesfinanzministerium und im Willy-Brandt-Haus – natürlich gehört auch eine Diskussionsrunde mit mir dazu!

Außerdem ist am Donnerstag zum 11. Mal der bundesweite Berufsorientierungstag für Mädchen, der „Girls Day“. Ein Mädchen aus der Ober-Ramstädter Georg-Christoph-Lichtenbergschule besucht mich in Berlin und wird einen Tag lang die Abläufe hier im Bundestag kennen lernen.

Auch in dieser Woche flaut der endlose Streit um das irrsinnige Betreuungsgeld nicht ab. Eine 2-Milliarden-Euro Prämie dafür, dass Frauen vom Beruf und Kinder von der Bildung wegbleiben – wer in den Regierungsfractionen seine Sinne noch einigermaßen beieinander hat, müsste das verhindern. Stattdessen konnten wir Anfang der Woche erleben, wie ein Fehler den nächsten Fehler nach sich zieht. Die Ankündigung von Volker Kauder, die Rentenanwartschaften von Eltern anzuheben, deren Kinder älter als 20 Jahre sind, hat mit dem Betreuungsgeld in der Sache nichts zu tun. Kauder hat den kostspieligen Versuch unternommen, Baldriantropfen zu verabreichen, um die Aufregung der CDU-Frauen um das Betreuungsgeld einzuschläfern und vor den Landtagswahlen für Ruhe im eigenen Laden zu sorgen. Das aber ist mächtig nach hinten los gegangen: Zum Streit um das Betreuungsgeld kommt jetzt noch ein handfester Rentenkrach. FDP und CDU-Wirtschaftspolitiker protestieren, auch der BDI-Vorsitzende äußert sich vernehmlich dagegen.

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Euse / Ihre Brigitta Zypries

Die nächsten Termine

Bürgersprechstunden im Mai

Viele von Ihnen wissen es bereits: Regelmäßig biete ich in meinem Wahlkreis „Bürgersprechstunden“ an. Das ist für mich eine Gelegenheit, aus erster Hand von Ihren Anliegen und Fragen zu erfahren und, wo ich helfen kann, auch sofort etwas zu unternehmen.

Die nächsten Termine:

Do., 3. Mai 2012

im Bürgerbüro, Wilhelminenstr. 7a, Darmstadt (Bitte vereinbaren Sie unter Tel. 06151 3605078 einen Termin).

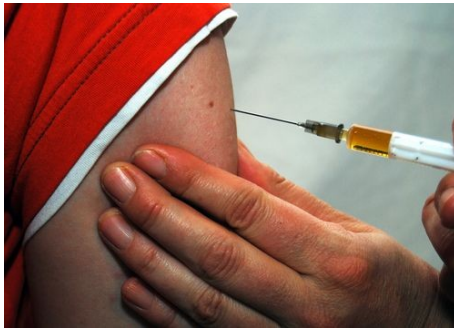
Fr., 18. Mai 2012

ab 16.00 Uhr in der Geschäftsstelle der SPD Pfungstadt, Goethestr. 43, Pfungstadt.

Sa., 19. Mai 2012

ab 10.00 Uhr im Scheunensaal der Hammermühle, Hammergasse 9, Ober-Ramstadt.

Ich freue mich auf Sie!



Beratung und Bewerbungsmappencheck

Jobsuchende Studierende und Hochschulabsolventen können sich am 27. April ab 9.00 Uhr zu einem Beratungsgespräch und Bewerbungsmappencheck anmelden. Die Teilnahme ist kostenlos; eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Workshop

„Fit in Sachen Bewerbung“

Die Kinder- und Jugendförderung Darmstadt bietet für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15–19 Jahren am 28. April 2012, 10.00 Uhr, einen Workshop „Fit in Sachen Bewerbung“ an. Themen sind u.a. Bewerbungstraining, Gestaltung einer Bewerbung, persönliches Auftreten, Umgang mit Absagen. Eine Anmeldung muss schriftlich erfolgen. Kontakt: Kinder- und Jugendförderung, Tel.: 06151 881-1489; E-Mail: KiJuFoe@ladadi.de

Praxisgebühr abschaffen - Hausärztinnen und Hausärzte stärken!

Als 2003 auf Drängen der CDU im Vermittlungsausschuss die Praxisgebühr eingeführt wurde, wollte man die Inanspruchnahme von Kassenärzten besser strukturieren. Die Versicherten sollten, bevor sie einen Facharzt aufsuchen, ihren Hausarzt konsultieren. **Heute, nach fast zehn Jahren, ist deutlich, dass sich die Erwartung an die Praxisgebühr nicht erfüllt hat.** Da auch Fachärztinnen und Fachärzte als überweisende Ärzte eingesetzt werden können, wenn man die Praxisgebühr bei ihnen bezahlt hat, blieb die Stärkung der Hausärzte aus.

Noch immer liegt Deutschland bei der Zahl der „Arztkontakte“ mit 17 im Jahr international an der Spitze. **Die Praxisgebühr ist bürokratisch und genauso unbeliebt bei Patienten wie bei Ärzten. Außerdem ist die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung zur Zeit gut. Aus all diesen Gründen fordern wir die Bundesregierung in unserem Antrag auf, die Praxisgebühr abzuschaffen.** Am Freitag Vormittag diskutieren wir das Thema ausführlich im Plenum.

In Deutschland nimmt die Zahl der Hausärztinnen und Hausärzte jedes Jahr ab. Immer mehr Medizinstudenten entscheiden sich heute gegen den Hausarztberuf. Das liegt natürlich auch daran, dass Hausärzte deutlich schlechter bezahlt werden als Fachärzte. Dabei ist ihre Arbeit enorm wichtig. Die alte Regel **„Vorbeugen ist besser als Heilen“** ist nämlich der Knackpunkt: **Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass rund 80 Prozent aller Krankheitsfälle durch eine bessere Vorbeugung vermieden, aufgehoben oder gelindert werden könnten. Und die Hausärztinnen und Hausärzte sind so wichtig für die Prävention, weil sie ihre Patienten über einen langen Zeitraum begleiten.** Anstatt darauf zu setzen, gehen über 94 Prozent unserer Gesundheitsmaßnahmen in die rein kurative Versorgung. Nicht nur die Qualität, auch die Wirtschaftlichkeit unseres Gesundheitssystems ließe sich durch die Stärkung der Hausärzte verbessern und nachhaltig sichern. Wir wollen deshalb, dass die schwarz-gelbe Koalition die Änderungen im GKV-Finanzierungsgesetz zurücknimmt, mit denen sie die hausarztzentrierte Versorgung der Patienten verhindert.

Außerdem hält die SPD-Fraktion den Einheitsbeitragssatz von 15,5 Prozent, den die Bundesregierung für die 140 gesetzlichen Krankenkassen festgelegt hat, für zu hoch. Sie will zur Beitragsautonomie zurückkehren, bei der jede einzelne Krankenkasse ihren Beitragssatz bestimmt. Die unsozialen Zusatzbeiträge müssen dagegen abgeschafft werden. **All das sind Bausteine hin zu einem qualitativ hochwertigen, finanzierbaren und solidarischen Gesundheitssystem, das Krankheit vermeiden und Gesundheit erhalten hilft.**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:

[aboutpixel/](#) Ronald Leine (S. 2)
[aboutpixel/](#) Holger Hecklau (S. 3)

Rederecht für Abgeordnete

In den Wochen um Ostern hat das Thema „**Rederecht der Abgeordneten im Deutschen Bundestag**“ für heftige Diskussionen gesorgt. Auch bei mir gingen viele E-Mails dazu ein, ich wurde in der Bürger-sprechstunde letzte Woche dazu befragt und auch beide Unterbezirksvorstände baten mich um einen Bericht.

Auch bei diesem Thema ist wieder einmal ärgerlich, wie schlecht die Presse inzwischen informiert und wie sehr sich die Aufregung relativiert, wenn man den Sachverhalt genauer kennt.

Was war geschehen? **Bei der Debatte um den Rettungsschirm hatte der Parlamentspräsident zwei Abgeordneten aus den Regierungsfractionen jeweils fünf Minuten Rederecht gegeben, obwohl sie von ihren Fraktionen nicht als Redner gemeldet waren.** Der Präsident hatte dies entschieden, obwohl die Geschäftsordnung des Bundestages so etwas nicht vorsieht. Er hatte es auch entschieden, ohne die Fraktionsspitzen zu informieren. In der Folge wollten die Fraktionen einen solchen Fall regeln. **Es sollte in der Geschäftsordnung verankert werden, dass ein Abgeordneter auch dann Rederecht im Deutschen Bundestag haben kann, wenn die Fraktionen ihn nicht benennen.** Diesen Vorschlag haben die Geschäftsführer ausgearbeitet und zudem vorgesehen, dass der Parlamentspräsident im Benehmen mit den Fraktionsspitzen Redezeit erteilen kann. Diese Formulierung bedeutet, dass die Fraktionsspitzen nicht einverstanden sein müssen, aber informiert.

Bei dem „Aufreger“ handelt es sich also um eine Verbesserung der Position der Abgeordneten, die abweichend von der Fraktionsmeinung im Deutschen Bundestag reden wollen. Ihr Recht, dies zu tun, sollte erstmals in der Geschäftsordnung des Bundestages festgeschrieben werden. Wohl auch, weil dieser Sachverhalt nicht ordentlich referiert wurde, hat sich der Eindruck verfestigt, dass es um eine Beschränkung der Rechte von Abgeordneten gehen sollte und die Fraktionen haben deshalb die Initiative wieder eingesammelt. Es wird in dieser Legislaturperiode in soweit keine Veränderung an der Geschäftsordnung geben. Für mich ist die Diskussion ein weiteres Beispiel dafür, dass die Verschlechterung des deutschen Journalismus und die Geschwindigkeit, die durch das Internet produziert wird, zu einer größeren Oberflächlichkeit in der Diskussion führen und einmal gesetzte Falschmeldungen oft nicht wieder korrigiert oder zurückgeholt werden können.